

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP) vom 28. Juni 2007: Aktiv gegen Armut: Pilotprojekt „Sabbatical“ (07.000229)

In der Stadtratssitzung vom 14. Februar 2008 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

Zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit und von steigender Sozialhilfeabhängigkeit, insbesondere für die Reintegration von Langzeiterwerbslosen ins Erwerbsleben, sind neue, kreative und innovative Ansätze gefragt. Die Einsicht liegt nahe, dass es dafür kein Patentrezept gibt. Einzelne Massnahmen können aber als Puzzleteile eines Ganzen zu einer Verbesserung beitragen. Dabei gilt es, auch ungewöhnliche Modelle zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne eines Pilotprojektes zu erproben, um konkrete Erfahrungen auswerten zu können.

Schweden beschreitet seit einiger Zeit neue Wege mit dem sog. „Sabbatjahr“. Ein (jedenfalls teilweise) bezahltes „Freijahr“ soll den Arbeitsmarkt durchlässiger machen. Der „Ausstieg auf Zeit“ soll Arbeitskräften eine qualifizierende Weiterbildung, Stellvertretungen bei Mutterschaftsurlaub sowie länger dauernde Krankheitsabsenzen ermöglichen, während sich gleichzeitig Arbeitslose für die Rückkehr ins Berufsleben qualifizieren können. Gravierende Mehrkosten entstehen dadurch nicht: Was man den einen als „Sabbaticallohn“ bezahlt, spart man bei den anderen als Arbeitslosenentschädigung (bzw. Sozialhilfe). Die „StellvertreterInnen“ der „UrlauberInnen“ am Arbeitsplatz können sich während ihrer zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr dauernden Einsätzen für die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen. Weil es den UrlauberInnen erlaubt ist, sich während des Sabbaticals nicht nur weiterzubilden, sondern auch den Start in eine selbständige Erwerbstätigkeit zu prüfen, kann das Sabbatical „Sprungbrett“ für die Selbständigkeit, und für die StellvertreterInnen „Sprungbrett“ für eine dauernde Beschäftigung am „Sabbaticalarbeitsplatz“ werden.

In Schweden verlief der Test in einem Dutzend Probekommunen mit dem oben skizzierten Modell so viel versprechend, dass der Sabbatical-Urlaub seit Anfang dieses Jahres allen ArbeitnehmerInnen offen steht. Auch in Bern könnte sich ein Pilotprojekt innerhalb der städtischen, ev. kantonalen Verwaltung lohnen und wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängerinnen u. U. auch für junge Schul- oder StudienabgängerInnen eine Perspektive bieten. Gleichzeitig könnte die Stadt Bern auf kostengünstige Art und Weise die Motivation ihrer Angestellten verbessern und ihre Attraktivität als Arbeitgeberin erhöhen. Das Angebot muss auf freiwilliger Basis funktionieren und sollte in allen Teilen der Stadtverwaltung insbesondere auch im kaufmännischen Bereich genutzt werden. Bei der Abfallentsorgung werden schon in diesem Sinn erfolgreich Langzeitarbeitslose eingesetzt.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Einführung eines mindestens einjährigen Pilotprojektes „Sabbatical“ in Zusammenarbeit der Arbeitslosenkasse/LAM des beco mit der Stadtverwaltung
2. In Zusammenarbeit mit der kantonalen Verwaltung, Ausdehnung des Pilotprojektes auf die Kantonsverwaltung
3. Auswertung der Resultate der Pilotprojekte und nach Möglichkeit Einführung des „Sabbaticals“ als festes Angebot.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Christof Berger, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf

Bericht des Gemeinderats

Gemäss der Forderung des Postulats soll in der Stadtverwaltung ein Pilotprojekt "Sabbatical" in Zusammenarbeit mit der Arbeitslosenkasse durchgeführt werden, das nach Möglichkeit auf die kantonale Verwaltung ausgedehnt wird.

Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen Mitarbeitende der Stadtverwaltung auf freiwilliger Basis einen bezahlten Sabbatical-Urlaub von 3 Monaten bis zu einem Jahr beziehen können. Während der entsprechenden Stellenvakanz sollen Arbeitslose, Personen, die Sozialhilfe beziehen sowie Personen, die eine Schule oder ein Studium absolviert haben, befristet eingestellt werden, damit sie sich während dieser Zeit für den Einstieg oder die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und sich so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen können.

Für ein solches Projekt gelten folgende Rahmenbedingungen:

Seitens der Arbeitslosenversicherung (ALV) sind Leistungen nur möglich, wenn Versicherte anspruchsberechtigt sind. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung sind gemäss der Dienststelle Logistik Arbeitsmarktliche Massnahmen (LAM) des beco Berner Wirtschaft, Einsätze im Rahmen von Arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) zur besseren Wiedereingliederung von Arbeitslosen grundsätzlich möglich. Allerdings stehen bereits heute eine Vielzahl von AMM zur Verfügung, die bedarfsorientiert bereitgestellt werden. Auch die Stadtverwaltung beteiligt sich daran, in dem sie für Berufseinsteigerinnen und –einsteiger nach Lehre und Studium Berufspraktika zur Verfügung stellt. Das Kompetenzzentrum Arbeit bietet im Auftrag des Kantons Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) und das Motivationssemester für Jugendliche und junge Erwachsene an. Für Stellensuchende aus dem kaufmännischen Bereich gibt es Übungsfirmen und für (Langzeit)arbeitslose verschiedener Branchen Einsatzplätze in Non-Profit-Organisationen, so genannte Stellennetzplätze, sie sind im Moment in genügender Zahl vorhanden.

In der Sozialhilfe zeigt sich eine ähnliche Problematik. Der Kanton stellt im Rahmen von BIAS drei Möglichkeiten für die Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt zur Verfügung:

- Berufliche Integration (BI)
- Perspektiven auf Berufliche Integration (BIP)
- Soziale Integration (SI)

Jede Gemeinde hat eine bestimmte Anzahl von Plätzen zugeteilt, die Kosten für diese Plätze sind lastenausgleichsberechtigt.

In der Stadt Bern werden alle BIAS-Plätze vom Kompetenzzentrum Arbeit (KA) bereitgestellt, mehrheitlich sind es Plätze in der Wirtschaft (BI), in Verwaltungen und Non-Profitorganisationen (BIP, SI). Daneben führt das KA auch eigene Betriebe.

Zurzeit fehlen hier hauptsächlich Nischenarbeitsplätze für die Soziale Integration. Diese würden durch Sabbaticals nicht geschaffen, da diese Sozialhilfeempfangenden den Anforderungen einer solchen Stelle nicht gewachsen wären.

Auch wenn sich die konjunkturelle Lage eingetrübt hat und damit mittelfristig mit einer höheren Zahl von Arbeitslosen zu rechnen ist, bleibt die Problematik des Mismatching bestehen, will heissen: Das Profil der Arbeitslosen und jenes der offenen Stellen passen nicht aufeinander. Die Stadtverwaltung bietet viele qualifizierte und spezialisierte Jobs an, bei denen es häufig auch auf sprachliche Fertigkeiten ankommt. Viele Stellensuchende entsprechen diesem Anforderungsprofil nicht, vermehrt auch gerade diejenigen, die Sozialhilfe beziehen. Damit bestehen nur für wenige städtische Mitarbeitende Chancen, geeignete „Aushilfen“ zu finden. Dies ist aus personalpolitischer Sicht nicht erwünscht. Gleichzeitig stellt sich bei solchen Auswechslungen die Frage nach dem Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag. Hinzu kommt, dass auch heute noch qualifizierte und spezialisierte Stellen schwierig zu besetzen sind. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass bei einer höheren Zahl von Erwerbslosen auch wieder mehr Personen sowohl über die ALV als auch über BIAS eingegliedert werden müssen, die den Anforderungen eines Einsatzes, der durch ein Sabbatical entsteht, durchaus gewachsen wären.

Projekterarbeitung und Durchführung sind mit einem hohen Aufwand verbunden. Neben der täglichen Arbeit und den verschiedenen laufenden und in Auftrag gegebenen Projekten können Vorgesetzte wie zuständige Fachbereiche kein weiteres Projekt in dieser Grössenordnung bewältigen.

Schliesslich sind die der Stadt mit dem Pilotprojekt erwachsenden Kosten nicht zu vernachlässigen. An Taggeldkosten der Arbeitslosenversicherung hätte sie sich mindestens zu einem Viertel zu beteiligen. Dort, wo keine Leistungen der ALV erhältlich sind, sind zwar Lohnzahlungen aus der Sozialhilfe für eine berufliche Integration von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger möglich, allerdings nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen.

Nachdem die Stadt sich bereits heute sehr stark auf dem Gebiet der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit engagiert - auch Studienabgängerinnen und -abgänger werden immer wieder aushilfsweise zur Überbrückung von Personalabwesenheiten oder für Projekte eingesetzt - und ein Pilotprojekt „Sabbatical“ bei sehr ungewissen Erfolgsaussichten hohen administrativen und finanziellen Aufwand verursacht, hat der Gemeinderat darauf verzichtet, ein solches Pilotprojekt in der Stadtverwaltung zu lancieren. Gerade mit Blick auf die eingetretene Wirtschaftsrezession möchte er die städtischen Mittel auf jene Gebiete konzentrieren, wo sie die grösste Wirkung erzielen.

Bern, 21. Januar 2009

Der Gemeinderat